



**des Kreistages
des
Landkreises Leipzig**

Beschlussdatum: 10.10.2012	Grundlage (Vorlage): BV-2012/102	Beschluss Nr.: 2012/102	Öffentlicher Beschluss: Ja
Änderung(en) am:	Grundlage (Vorlage):	Mit Beschluss Nr.:	Öffentlicher Beschluss:
Aufgehoben am:	Grundlage:	Mit Beschluss Nr.:	Öffentlicher Beschluss:

Beschlussgegenstand:

Zweckvereinbarung mit der Stadt Naunhof als erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Naunhof zur Übertragung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 Straßenverkehrsordnung (StVO) einschließlich der erforderlichen Nachermittlungen auf den Landkreis

Beschlusstext:

Der Kreistag beschließt,

die als Anlage (Stand 19.07.2012) beigefügte Zweckvereinbarung mit der Stadt Naunhof als erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Naunhof zur Übertragung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 Straßenverkehrsordnung (StVO) einschließlich der erforderlichen Nachermittlungen auf den Landkreis.

Borna, den 10.10.2012

Gez.

Dr. Gerhard Gey
Landrat

- Siegel -

Zweckvereinbarung

zur Übertragung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 StVO einschließlich der erforderlichen Nachermittlungen

Zwischen der erfüllenden Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft
der

Stadt Naunhof

Markt 1, 04683 Naunhof

vertreten durch den Amtsverweser / Bürgermeister

- erfüllende Gemeinde der VG über 10.000 Einwohner -

und dem

Landkreis Leipzig

Stauffenbergstraße 4, 04552 Borna

vertreten durch den Landrat

- Landkreis -

wird auf der Grundlage der §§ 71 ff des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815) zuletzt geändert durch Art. 4 des G vom 26.06.2009 (SächsGVBl. S. 323, 325) und der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung – OWiZuVO) vom 16.07.2008 (SächsGVBl. S. 481) in der ab 01.01.2010 gültigen Fassung vom 06.09.2009 (SächsGVBl. 456)

die folgende Vereinbarung getroffen:

Präambel

Gemäß § 3 Abs. 3 Satz 1 SächsOWiZuVO sind die erfüllenden Gemeinden von Verwaltungsgemeinschaften ab 01.01.2010 zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) einschließlich der erforderlichen Nachermittlungen, soweit die Ordnungswidrigkeiten gegen verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 StVO auf Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsStrG) oder auf sonstigen öffentlichen Straßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 SächsStrG begangen werden.

Der Landkreis ist als untere Verwaltungsbehörde gemäß §§ 35, 36 Abs. 1 Nr. 2 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG), § 26 Abs. 1 Straßenverkehrsgesetz (StVG), § 2 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiZuVO) vom 16. Juli 2008, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 29. Juli 2009 in gleicher Weise zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, wie die erfüllenden Gemeinden von Verwaltungsgemeinschaften nach § 3 Abs. 3 Satz 1 der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiZuVO) vom 29. Juli 2009.

§ 1

Gegenstand der Zweckvereinbarung

Die erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Naunhof überträgt mit Inkrafttreten der Zweckvereinbarung die Aufgabe der selbständigen und eigenverantwortlichen Ermittlung, Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten nach § 49 Straßenverkehrsordnung (StVO), soweit die Ordnungswidrigkeiten gegen verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 StVO auf Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 SächsStrG oder auf sonstigen öffentlichen Straßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 SächsStrG begangen werden, auf den Landkreis. Die Übertragung umfasst auch die Befugnis Kontrollgeräte zur Feststellung von Verkehrsordnungswidrigkeiten sowohl innerorts als auch außerorts einzusetzen.

Der Landkreis übernimmt für die erfüllende Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Naunhof die Geschwindigkeitskontrollen und die Bearbeitung der Ordnungswidrigkeitenverfahren.

Die Überwachung des ruhenden Verkehrs wird von der erfüllenden Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft Naunhof wahrgenommen bis zum Abschluss des Verwarnungsgeldverfahrens. Die Bearbeitung der Bußgeldverfahren im ruhenden Verkehr wird dem Landkreis übertragen.

Die Abstimmungen über Geschwindigkeitskontrollen sollen laufend erfolgen, damit zeitnah auf Gefahrenstellen und Schwerpunkte reagiert werden kann. Die Messergebnisse werden der erfüllenden Gemeinde der Verwaltungsgemeinschaft mitgeteilt. Der Landkreis ist dabei auch zuständig für personelle, organisatorische und technische Fragen.

§ 2 Befugnisse

Die für die sachgerechte Erfüllung der in § 1 an den Landkreis übertragenen Aufgaben erforderlichen Befugnisse einschließlich des Rechts der Erhebung von Bußgeldern werden dem Landkreis übertragen.

§ 3 Finanzierung/Vergütung

Dem Landkreis stehen die Einnahmen aus der Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten zu. Darüber hinaus ist für die Übertragung der Aufgabe eine wechselseitige Vergütung ausgeschlossen.

§ 4 Kündigung, Änderungen und Ergänzungen

Diese Zweckvereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die Aufhebung der Zweckvereinbarung ist durch schriftliche Kündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum jeweiligen Jahresende oder durch Vereinbarung zwischen den Vertragspartnern möglich. Jedwede Aufhebung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

Verliert die Gemeinde ihre gesetzliche Zuständigkeit für die in der Präambel beschriebene Aufgabe, endet die Zweckvereinbarung mit Ablauf des Tages der Entziehung der Zuständigkeit.

Änderungen und Ergänzungen der Zweckvereinbarung bedürfen der Schriftform und sind durch die Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen.

§ 5 Streitigkeiten

Können Streitigkeiten zwischen den Vertragspartnern nicht im gütlichen Einvernehmen geklärt werden, ist die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung aufzurufen.

§ 6 Vertragsanpassung

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle einer unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahe kommende wirksame Regelung zu treffen.

§ 7 Schlussbestimmungen

Die Zweckvereinbarung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Naunhof, den

Borna, den 10.10.2012

Gez.

.....

.....

Dr. Gerhard Gey
Landrat

Beschluss Stadtrat Naunhof am ...

Beschluss Gemeinderat Belgershain am

Beschluss Gemeinderat Parthenstein am

Beschluss Gemeinschaftsausschuss am

Beschluss 2012/102 Kreistag des Landkreises Leipzig am 10.10.2012